



Kai Burmeister
IG Metall Stuttgart

Die Rüstungsindustrie im Jahr 2015:
Arbeitsplätze durch eine erneuerte Konversion sichern!
Gewerkschaften sind aktiv für den Frieden!

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

1) Lage der Rüstungsindustrie und Perspektiven für Beschäftigung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Verantwortung heißt Frieden, so lautet das Motto unseres Ostermarsches 2015!

Als Gewerkschafter freue ich mich, meine Stimme für Frieden und gegen die militärische Logik erheben zu können.

Im Alltag liegt meine Verantwortung als Gewerkschaftssekretär vor allem in sicheren Arbeitsplätzen und fairer Bezahlung.

In Stuttgart ist es leicht, über den Zusammenhang von Arbeitsplätzen und Rüstung zu sprechen.

Die Jobs hängen bei uns vom Autobau ab, nicht vom Export von Panzern und Marineschiffen.

In anderen Regionen sieht es anders aus:

An der Küste ist die Produktion von Marineschiffen und U-Booten wichtig.

In Kassel hängen viele Arbeitsplätze am Bau von Panzern.

Rund um Ingolstadt und auch am Bodensee ist der militärische Flugzeugbau beheimatet.

Kurzum: Wir können in Stuttgart leichter über Rüstung und Arbeitsplätze sprechen.

Aber in den genannten Gegenden ist der Zusammenhang von Arbeitsplätzen und Abrüstung direkt zu sehen.

Wir sollten es uns aber nicht zu leicht machen, wenn es um Arbeitsplätze und damit um menschliche Existenzen geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

müssen wir auf Rüstungsexporte setzen, um Beschäftigung zu sichern?

Wenn die Verantwortung für Frieden und die Verantwortung für Arbeitsplätze nicht unvermittelt nebeneinander stehen bleiben sollen, braucht es verantwortliche Vorschläge.

Es gibt zwei verkürzte Sichtweisen, die weder dem Frieden noch den Arbeitsplätzen helfen.

Die erste Logik lautet: Wenn wir nicht liefern, tun es andere!

So bedrohe eine restriktivere Genehmigungspraxis von Rüstungsexporten die Sicherheit der Arbeitsplätze.

Die zweite Logik lautet: Arbeitsplätze sind nicht so wichtig, wenn es um große Ziele wie den Frieden geht.

Das ist aus der Vogelperspektive richtig!

Aber wenn der eigene Job von der Rüstung abhängt, sieht es der Beschäftigte sicher nicht aus dieser Vogelperspektive.

Beide Logiken sind für sich genommen richtig, aber sie helfen beide nicht wirklich aus diesem Dilemma heraus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es stimmt, Wohlstand und Arbeitsplätze hängen in diesem Land nicht von der Rüstungsindustrie und nicht vom Export von Waffen ab.

Zu den Fakten: Die wehrtechnische Industrie hat in den letzten 25 Jahren eine lange Phase des Schrumpfens durchgemacht.

1989 haben in den alten Bundesländern 280.000 Beschäftigte Rüstungsgüter produziert, hinzu kamen ca. 120.000 aus den neuen Bundesländern.

Es waren mal 400.000 Beschäftigte in dieser Branche tätig.

Heute sind ca. 80.000 Arbeitsplätze von Rüstungsgütern abhängig.

Die Zahlen zeigen:

Die Rüstungsindustrie ist schon gewaltig geschrumpft!

Anrede,

Zum Vergleich: In der Metallindustrie sind über 3,4 Millionen Beschäftigte tätig, von der Rüstungsproduktion sind 80.000 Arbeitsplätze abhängig.

Der Anteil der Rüstungsexporte an allen Ausfuhren liegt bei unter 1 Prozent.

Der Titel des Exportweltmeisters lässt sich auch ohne Rüstung verteidigen.

Es lassen sich Lösungen für Arbeitsplätze und betroffene Regionen finden, wenn wir es als Gesellschaft denn wollen!

Ja, Deutschland ist auf Platz 3 beim Rüstungsexport.

Wird dieser Weg weiter erfolgreich sein können?

Zunächst haben die Unternehmen viel Geld mit Rüstung verdient.

Aber mit Blick auf die ökonomischen Perspektiven habe ich große Zweifel!

Viele Rüstungsexporte sind zuletzt nach Griechenland gegangen.

Fakt ist: Die Sparpolitik in Athen und auch in vielen anderen Staaten Europas treffen die Rüstungsindustrie hart!

Die Absatzmärkte in Europa werden eher kleiner als größer.

Als Alternative bleiben den Rüstungsexporteurern Länder wie Pakistan, die Golfregion und Nordafrika!

Exporte in diese Länder sind angesichts der Menschenrechtslage kritisch.

Auch sicherheitspolitisch sind solche Exporte extrem fragwürdig!

Zudem ist unklar, ob diese Länder die Produkte am Ende bezahlen könnten.

Auch konkurrieren deutsche Hersteller mit französischen und britischen Unternehmen, die ebenfalls weniger in Europa absetzen können.

Die Exporteure aus Europa stehen sich beim Wettlauf um Großaufträge gegenseitig auf den Füßen.

Zusammengefasst: Am Ende sind die Aussichten für die Rüstungsbetriebe nicht rosig!

Im Sinne der Beschäftigten heißt es– umsteuern, bevor es zu spät ist!

2) Aus Erfahrungen lernen! Für einen neuen Anlauf der Konversion!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es liegt auf der Hand: bei der Rüstung sparen, mit dem Geld in Kindergärten und Schulen investieren und Zukunft schaffen!

Bei dieser Forderung sind wir uns einig, schwieriger ist die Umsetzung.

Wir brauchen Konversion, also die Umstellung von militärischer hin zu ziviler Produktion.

JA - der Grundgedanke der Konversion ist richtig und faszinierend.

Für Gewerkschaften – insbesondere für die zuständige IG Metall in dieser Branche – sind diese Gedanken um Konversion nicht neu.

In den 80er Jahren haben gewerkschaftliche Vertrauensleute in betrieblichen Arbeitskreisen Konversion angestoßen.

Diese Arbeitskreise hatten zwei wesentliche Ziele:

- 1) die Beschäftigten von Rüstungsproduktion unabhängig zu machen!
- 2) Produkte zu finden und zu schaffen, die gesellschaftlich sinnvoll, ökologisch vertretbar und marktfähig sind. (aus: IGM Konversionsprogramm 1998, S. 40)

Heute müssen wir feststellen, die Idee der Konversion ist etwas angestaubt.

Die konkreten Vorschläge aus den betrieblichen Konversionsarbeitskreisen liegen schon mehr als 15 Jahre zurück.

Ich bin dafür, den Staub von der Konversion abzuwischen und zu schauen,

wie wir diese Idee wieder neu nutzbar machen können.

Dazu gehört eine ehrliche Bilanz der bisherigen Bemühungen um Konversion.

Im Konversionsprogramm der IG Metall aus den 90er Jahren finden sich betriebliche Konversionsbeispiele damaliger Firmen:

Die Aktivitäten einiger Arbeitskreise zeigten durchaus Erfolge.

In Bremen ist Anfang der 1990iger Jahre die „Umstellung auf neue Technologien im Umwelt-, Verkehrstechnik- bzw. Meerestechnikbereich von einigen Unternehmensleitungen in Angriff genommen worden.

Vereinzelte Projekte sind im Rahmen des Bremer Konversionsprogramms auf den Weg gebracht worden und sichern bereits Arbeitsplätze.“ (aus: Konversionsprogramm IGM 1998)

Bei der Umsetzung von Ideen zur alternativen Produktion mussten Widerstände überwinden werden, so dass Konversion auch mal scheiterte.

Diese negativen betrieblichen Erfahrungen müssen wir auch berücksichtigen.

Zu einer ehrlichen Bilanz gehört:

- Einige Konversionsprogramme haben funktioniert und Arbeitsplätze gesichert.
- Andere Programme sind gescheitert, Arbeitsplätze waren futsch!

Konversion hat in der Vergangenheit eine gemischte Bilanz, dafür haben die Beschäftigten heute noch ein konkretes Gespür.

Konversion 2.0 ist kein Selbstläufer, die sofort mit Jubel auslöst.

Aber wenn wir die Beschäftigten mit ihren Kompetenzen einbinden, lassen sich Konversion und Diversifikation neu beleben.

Ja, Rüstung und Arbeitsplätze können im Widerspruch zueinander stehen.

Dieser Widerspruch lässt sich aufheben:

Dazu gehört:

- 1) Gewerkschaften werden sich nicht zum unverantwortlichen Fürsprecher für grenzenlose Waffenexporte machen.
- 2) Die Bundesregierung muss ein Konversionsprogramm auflegen, mit dem Ziel militärabhängige Arbeitsplätze durch zivile Produktion zu sichern. Die Bundesregierung muss dazu Unternehmen, Gewerkschaften und betroffene Regionen an einen Tisch holen.

Ausdrücklich sage ich: Politik muss die Erschließung ziviler Märkte im Rahmen der Diversifikation wollen und begleiten.

- 3) Betroffene Regionen brauchen Perspektiven durch eine Struktur- und Industriepolitik, die den Wandel von Militär zu Zivil unterstützt.

Anrede,

Konversion ist möglich, davon bin ich überzeugt, aber die Ausgangsbedingungen in den Unternehmen sind auch unterschiedlich:

Zivile Produktion im Schiffbau ist leichter denkbar als beim Bau von Raketen.

Für mich gilt: Wer die Menschen für den Frieden gewinnen will, muss gleichzeitig den Betroffenen die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust nehmen.

3) Verantwortung der Politik, unser Beitrag für den Frieden!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es sind nicht die Gewerkschaften, nicht die Friedensbewegung und nicht die Unternehmen, die in diesem Land über die Rüstungsausgaben entscheiden.

Über den Einsatz von Armeen entscheidet immer noch die Politik!

Einige im Verteidigungsministerium überlegen, dass dieses Entscheidungsrecht des Parlaments doch hinderlich sei.

Denen sage ich, die haben nichts gelernt! Das ist brandgefährlich!

In der Politik und in den Parlamenten wird „Verantwortung“ oft mit militärischem Eingreifen gleichgesetzt.

Der Gefahr der schleichenden Militarisierung der Außenpolitik müssen wir uns entgegenstellen, das sage ich als aktiver Gewerkschafter.

Wir sollten zusammen überlegen, was wir gemeinsam gegen Krieg und auch gegen einen neuen kalten Krieg in Europa unternehmen können.

Die IG Metall wird auf ihrem Gewerkschaftstag über Frieden, internationale Solidarität und die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen sprechen.

Der Blick in die Nachrichten lässt einen erschauern, es gibt viel Grund zur Sorge bei all den Tragödien in der Welt.

Es sind aber keine schlechte Zeiten für uns, wenn wir es mit unserem Einsatz für Frieden klug anstellen.

Diese Chance für den Frieden lasst uns nutzen. Diese Chance ist unsere Verantwortung.